

Programm
zur Wahl der
Bezirksversammlung 2019



**Eimsbüttel
für die Vielen**



DIE LINKE.
Bezirksverband Eimsbüttel

Eimsbüttel für die Vielen
www.die-linke-eimsbuettel.de

Inhalt

1. Eimsbüttel für die Vielen	3
2. Mehr kommunale Demokratie in Eimsbüttel	5
3. Bezahlbare Miete statt fetter Rendite	7
4. Mehr Rad, mehr Bahn, weniger Auto	8
5. Kampf dem Smog, Lärm und Grünfraß	9
6. Kein privater Gewinn in Gesundheit und Pflege	12
7. Wachsende Armut in wachsender Stadt	13
8. Klar gegen Rechts, united against racism	14
9. Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts	15
10. Emanzipatorische Frauenpolitik	16
11. Gleiche Chancen auf Bildung und Kultur	17
12. Jedes Kind ist gleich viel Wert	18
13. Wir werden alle nicht jünger	19
14. Mitglied werden – hier und jetzt	21

1. Eimsbüttel für die Vielen

Eimsbüttel ist ein lebenswerter, lebendiger Bezirk - mit seinen über 260.000 Einwohnern vergleichbar mit einer mittleren Großstadt. Aber auch in Eimsbüttel ist zu sehen, wie unsere Gesellschaft auseinander driftet. Auf dem Rücken der Mehrheit wird der gesellschaftliche Reichtum in gigantischen Raubzügen privatisiert. Altersarmut, Rentnerarbeit, Billiglöhne, Arbeit auf Zeit, Mängel in Pflege und Gesundheitsversorgung, Mietwucher, Wohnungsnot sind die Realität. Die finanzielle Schwindsucht "Schuldenbremse" mit der Schwarzen Null haben die anderen Parteien in die Verfassung geschrieben und damit dem Land den Verfall der sozialen und materiellen Infrastruktur verordnet. Die Mieten sind selbst für die große Masse immer weniger bezahlbar, die soziale Kluft immer sichtbarer. Die bisherige Wohnungspolitik gleicht einer Bankrotterklärung: bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper. Eine sich weitgehend selbst überlassene private Wohnungswirtschaft baut halt keine billigen Wohnungen. Parolen wie „Eimsbüttel vorn“ und der Verweis auf niedrige Erwerbslosigkeit bzw. gute Durchschnittsverdienste ignorieren, dass ebendies auch das Ergebnis sozialer Verdrängung ist. Die größten Befugnisse hat der Bezirk derzeit im Baurecht und in der Wohnungspolitik. In Zeiten explodierender Mieten und unzureichenden Wohnraums setzen wir uns für sozialen kommunalen Wohnungsbau ein.



In den letzten Jahren ist auch in Eimsbüttel massiv gebaut worden – Stichwort: wachsende Stadt. Wir denken aber: Nachverdichtung darf nicht zu Lasten der Umwelt und der Anwohner_innen erfolgen. Deshalb unser klares Nein gegen den Verkauf des Lokstedter Kleingarten-Areals an den Beiersdorf-Chemiekonzern. Im Zeitalter der Klimaerwärmung müssen wir einen sozialen und grünen Bezirk Eimsbüttel anstreben. Achten wir darauf, dass der sozialen Vertreibung keine Grünverdrängung folgt!

Die Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Gesundheit, Bildung, Wohnen oder die Energieversorgung darf nicht privaten Profitinteressen geopfert werden. Die unhaltbaren Zustände in Hamburger Krankenhäusern zeigen die fatalen Konsequenzen, wenn die soziale Grundversorgung gewinnorientierten Unternehmen überlassen bleibt. Die Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand. Wir fordern deshalb die Rekommunalisierung

der Krankenhäuser und die unverzügliche Umsetzung des Hamburger Volksentscheides zur Rekommunalisierung der Energienetze.

Die großstädtischen Bezirke der Metropole und Einheitsgemeinde Hamburg haben weniger demokratische Rechte als kleine Kommunen anderer Bundesländer mit einem Bruchteil an Einwohner_innen. Wir finden: das ist ein schweres Demokratie-Defizit. Eine Viertelmillion Eimsbütteler_innen muss das Recht auf eine echte parlamentarische Interessenvertretung mit eigenem Haushaltsrecht haben. Da wollen wir hin: zu mehr Demokratie in Eimsbüttel.

Die Diskriminierung von Frauen findet sich immer noch u.a. in geringerem Einkommen, der Armutsgefährdung von Alleinerziehenden und Frauen im Alter. Die Sorge für Kinder, Alte und Kranke wird zunehmend individualisiert und Frauen tragen die Hauptlast dabei. Auch auf Bezirksebene können und wollen wir Einiges daran ändern.

Als Partei der sozialen Gerechtigkeit wollen wir der Mehrheit in diesem Land eine Stimme geben. Die Agenda 2010 hat nicht nur Hartz IV mit entsprechender Sanktionspraxis bewirkt, sondern in ihrem Gefolge eine wachsende Armut auch und nicht zuletzt im Seniorenbereich. Wir werden deshalb unsere Aktivitäten im Bereich Hartz IV und Senior_innen fortsetzen.

Eimsbüttel für die Vielen können wir nur erreichen, wenn Frieden herrscht. DIE LINKE. Eimsbüttel wendet sich gegen weltweite Aufrüstung, Eimsbütteler Rüstungsproduktion, den NATO-Aufmarsch gegen Russland, die Kriegseinsätze der Bundeswehr in immer mehr Ländern, die geplante massive Erhöhung des Rüstungshaushalts und auch gegen die Präsenz der Bundeswehr in unseren Eimsbütteler Schulen. Während die Superreichen und Konzerne von der herrschenden Politik profitieren, erstarken auch rechtsextreme und rechtspopulistische Kräfte, die den Unmut und die Hilflosigkeit aufgreifen, indem sie einfache, falsche Antworten geben. Mit großer Dynamik wachsen aber auch Überzeugungen und soziale Bewegungen für eine fortschrittliche Politik. Zehntausende demonstrieren gegen das Ertrinken im Mittelmeer, für eine "Seebrücke" und einen "Sicheren Hafen Hamburg" oder "United" gegen Rassismus und Abschiebungen. Hunderttausende demonstrieren "Unteilbar" für Solidarität statt Ausgrenzung. Die breite Bewegung für mehr Pflegekräfte in Hamburg nimmt weiter Fahrt auf. DIE LINKE ist Teil dieser Bewegungen für eine soziale, friedliche, ökologische und demokratische Welt - auch in Eimsbüttel.

Die Streitlinien verlaufen nicht zwischen Muslim_in und Christ_in, nicht zwischen Rad- und Autofahrer, Mieter und Eigenheim-Besitzer_in, nicht zwischen Kiosk-Betreiber und Hartz4-Bezieher, sondern zwischen Lohnabhängiger Mehrheit und vom Gewinn profitierender Minderheit.

Zur Frage der Finanzierbarkeit unserer Forderungen stellen wir fest: Geld ist genug da! Die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist die entscheidende Frage. Wir meinen, wer Milliarden in den Rachen der Banken wirft, wer florierende Konzerne mit zusätzlichen Subventionen pampert, wer wie die regierenden Parteien in Berlin, Hamburg und Eimsbüttel den Unternehmen die Vergesellschaftung ihrer Kosten gestattet, der unterstützt die Wenigen zu Lasten der Vielen.

Die vielen notwendigen Schritte zu unseren hier formulierten Zielen werden wir alle nur erfolgreich gehen können, wenn produktive, freundschaftliche Kooperationen zwischen der LINKEN und fortschrittlichen Organisationen, Verbänden und Initiativen mit der LINKEN wachsen.

Werden Sie aktiv für Ihre demokratischen und sozialen Rechte zusammen mit uns, der Partei DIE LINKE – innerhalb wie außerhalb der Parlamente – und natürlich: machen Sie bitte Ihr Kreuz an der 'richtigen' Stelle.

2. Mehr kommunale Demokratie in Eimsbüttel

Mehr Kontrolle über das eigene Leben, mehr Demokratie im Bezirk

Mehr und mehr Menschen haben das Gefühl, sie hätten nicht mehr die Kontrolle über das eigene Leben. Obwohl Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf Bezirksebene im Gesetz verankert sind, hebt der Senat diese mit Hilfe des Evokationsrechts von 1937 aus, sobald sie nicht seinen Zielen entsprechen. Mehr demokratische Entscheidungsbefugnisse auf kommunaler Ebene geben den Menschen aber Souveränität zurück. Wir LINKEN verteidigen die demokratische Verfasstheit Hamburgs, indem wir uns für eine Ausweitung demokratischer Mitbestimmung einsetzen. Wir wollen Bezirksversammlungen und Stadtteilbeiräte stärken, damit demokratische Entscheidungen möglichst vor Ort und im gegenseitigen Austausch miteinander gefällt werden.

Die Proteste gegen die Bebauung der Mühlenkoppel-Gärten und den Verkauf der 12 Hektar Lokstedter Kleingartenfläche an Beiersdorf wurden vom Senat mißachtet. Und auch die schon seit Jahren anhaltenden Kürzungen des Senats bei den Haushaltszuweisungen führen in den Bezirken dazu, dass kommunale und soziokulturelle Einrichtungen zurückgefahren werden. Das trifft besonders die Lebenssituation finanziell schlechter gestellter Menschen. Hinzu kommt, dass maßgebliche Politiker_innen und Behörden-Vertreter_innen die Prämissen privater Kapitalverwertung und Gewinnmaximierung so verinnerlicht haben, dass bei Stadtplanung und Wohnungsbau die Investoren den Ton angeben. Über stadteigene Immobilien und Flächen entscheiden ausschließlich Finanzbehörde und nicht-öffentlich tagende Kommission für Bodenordnung.

Das Gesetz über die Hamburgische Einheitsgemeinde legt fest, dass die Bezirke keinen eigenen Haushalt haben, sondern lediglich über geringe Sondermittel verfügen dürfen. Sie können z.Zt. mit ihren wenigen eigenen Rechten eigentlich nur die flächendeckenden Kürzungen der Schuldenbremse den Betroffenen erklären. Sie können einer Jugendhilfe- oder Stadtteilkultureinrichtung etwas weniger wegnehmen und einer anderen zuschanzen. Kürzen unter dem Strich müssen sie aber wie es ihnen vom Senat vorgegeben wird.

Dieses Delegieren von Kürzungsfolgen im sozialen, kulturellen oder grünflächenpflegerischen Bereich ist unerträglich, vor allem wenn man in den Bezirken nicht einmal ein Mitspracherecht hat, ganz zu schweigen von den „verbrannten“ Milliarden für HSH-Nordbank, Elbphilharmonie, schlecht durchgeführtes Busbeschleunigungsprogramm, Olympiabewerbung oder bei der Verfügungsgewalt über öffentliche Flächen und Immobilien, bei denen allein Finanzbehörde und nicht-öffentliche Kommission für Bodenordnung entscheiden. Wenn nach dem Verkauf von z.B. Schulgeländen die reduzierten Schulgebäude aus allen Nähten platzen, wird an die Bezirke herangetreten, öffentliche Grünflächen für die Aufstellung von Schulraum-Containern zur Verfügung zu stellen. Die Wut der Eltern, Schüler, Lehrer und Anwohner_innen dürfen dann die Bezirkspolitiker_innen abpuffern.

DIE LINKE. Eimsbüttel fordert:

- Stärkung der Bezirke mit eigenem Haushaltsrecht, Abschaffung des Evokationsrechtes
- die verbindliche Umsetzung von Bürgerentscheiden
- die Stärkung der Stadtteilbeiräte
- die Bereitstellung von Räumen und die Einrichtung von Bürgerhäusern für soziale Begegnung in den Quartieren

- der Vorrang von Politik und Stadtplanung gegenüber Investoreninteressen

Den Öffentlichen Dienst stärken! Guter Lohn für gute Arbeit

Die Politik der Schuldenbremse führt nicht nur zum Kahlschlag bei den bezirklichen Sozialleistungen und sozialen Diensten, sondern auch zu einem Abbau von Personal in den Bezirksämtern. Das bedroht die Funktionsfähigkeit der bürgernahen Aufgaben und Dienstleistungen. Wir setzen uns für den Ausbau qualifizierter und gut bezahlter, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im öffentlichen Sektor ein. Es sind genug Aufgaben in Bereichen wie Bildung, Kinder- und Jugendschutz, Pflege, Gesundheit und Umweltschutz vorhanden. Hier ist der Bezirk mit seinem Anteil an der Schaffung neuer Arbeitsplätze gefordert.

Arm trotz Arbeit? Nicht nur tausende städtische Beschäftigte sind zu Armutslöhnen beschäftigt. Seit Jahren fordert DIE LINKE einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro (13 Euro in Hamburg) ohne Ausnahmen. Als DIE LINKE 2012 ein Mindestlohngesetz in die Hamburgische Bürgerschaft einbrachte, lehnten es noch alle anderen Fraktionen ab. Die Hamburgische Bürgerschaft hat zwar Mitte Mai beschlossen, künftig in städtischen Tarifverträgen einen Mindestlohn von 12 Euro zu vereinbaren. Das wird aber nur in langsamen Schritten realisiert werden und alle anderen Beschäftigten in Hamburg bleiben außen vor. Auch für Beschäftigte von Zuwendungsempfängern und Auftragnehmern der Bezirksämter muss der Mindestlohn gelten, lange bevor irgendwann ein Gesetz dies vorschreibt. Hier wollen wir auf Bezirksebene Druck machen.

DIE LINKE. Eimsbüttel fordert:

eine ausreichende Finanzierung sowie mehr Personal für

- eine bessere Kontrolle von Wohnungsleerstand
- mehr Kontrolle in der Arbeitssicherheit und bei Missbrauchsverdacht.
- mehr Mittel aus dem Rahmenprogramm integrierte Stadtteilentwicklung (RISE)
- die ökologischere Ausrichtung des Bezirks auch im Gartenbau
- mehr und regelmäßige Inspektionen von Senior_innenheimen
- mehr Hausmeister, um schulische Sportplätze der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen
- kein Stellenabbau im Bezirksamt Eimsbüttel
- keine weiteren Schließungen von Kundenzentren, Büchereien und anderen öffentlichen Einrichtungen
- keine öffentliche Auftragsvergabe an Unternehmen, die sich nicht an das Hamburger Mindestlohngesetz und/oder Tarifverträge halten

3. Bezahlbare Miete statt fatter Rendite

Gute Wohnungen statt Mietenwahnsinn - Wohnen muss bezahlbar sein!

Die Miete steigt und steigt, das Einkommen aber nicht. Reicht das Geld nicht mehr für die Miete, müssen viele Menschen ihre Wohnung aufgeben und ihren vertrauten Stadtteil verlassen. Diese Verdrängung werden wir auch im Bezirk weiter bekämpfen. Solange es Eigentümer_innen und Vermieter_innen gibt, die sich eine goldene Nase mit Wuchermieten verdienen, kann keine Mieter_in in Frieden leben. Wir brauchen wieder gemeinnützige Wohnungsunternehmen, die keine Abzocke betreiben. Obwohl fast jeder zweite Hamburger Haushalt Anspruch auf eine Sozialwohnung hat, nimmt die Zahl der Sozialwohnungen rapide ab. Das betrifft besonders unseren Bezirk Eimsbüttel, der schon jetzt nur halb so viele Sozialwohnungen hat wie der Durchschnitt der Hamburger Bezirke.



Dazu kommt, dass neu gebaute Wohnungen viel zu teuer und zu groß sind für die Mehrzahl der Haushalte. Wir fordern vorrangigen Sozialwohnungsbau, barrierefrei und auch von der Größe her den Bedürfnissen der Haushalte entsprechend. Eimsbüttels Charme macht nicht zuletzt die Vielzahl kleiner Läden und Gewerbe aus. Doch auch sie können nur mit bezahlbaren Mieten überleben.

Wir sind strikt dagegen, dass die Stadt ihre Grundstücke verkauft und damit ihre Steuerungsinstrumente aus der Hand gibt. Im Gegenteil muss die Stadt eine aktive Boden-Bevorratungspolitik wie z.B. die Stadt Ulm betreiben, ihr Vorkaufsrecht konsequent wahrnehmen, um kommunalen und sozialen Wohnungsbau auf eigenen Grundstücken betreiben zu können. Eine intelligente, soziale Wohnungsbaupolitik winkt auch keine „Briefmarken-Baupläne“ aus Investorenhand in der Bezirksversammlung durch, sondern macht Flächen-

Bebauungspläne für ganze Stadtviertel.

Wer den Mietenwahnsinn beenden will, muss auch die Eigentumsfrage stellen.

Wir fordern bei Neubauten mindestens 50% Sozialwohnungen, vorrangig im ersten Förderweg, insgesamt bei allen Bauvorhaben, auf städtischen Flächen 100%, einmal gefördert, immer gefördert - also kein Auslaufen der Bindungsfrist. Leider müsste, um sozialen Wohnungsbau entscheidend voranzubringen, Bundesrecht geändert werden (Wiedereinführung der Neue Gemeinnützigkeit) bzw. Länderrecht (Erbpacht, eine andere Bodenpolitik), die Bezirke haben da wenig Einfluss.

DIE LINKE. Eimsbüttel fordert:

- kein Verkauf von städtischem Boden mehr, städtisches Vorkaufsrecht wahrnehmen für sozialen Wohnungsbau im ersten Förderweg
- unbefristete Sozialbindungen, einmal gefördert, immer gefördert
- Verpflichtung der Bauherren zum Bau von Sozialwohnungen im Ersten Förderweg, barrierefrei und von angemessener Größe und bezahlbar

- adäquate personelle Ausstattung der Bauprüfabteilungen, um Mietwucher, Leerstand und Einhaltung von Vorgaben kontrollieren zu können
- Ausweitung der Sozialen Erhaltungsverordnung auf ganz Eimsbüttel
- keine Vergabe von städtischen Bauprojekten mehr an private, international agierende Miethai-Konzerne, sondern ausschließlicher Wohnungsbau durch stadteigene oder gemeinnützige, genossenschaftliche Unternehmen
- Aufhebung der Fahrstuhlbefreiung

4. Mehr Rad, mehr Bahn, weniger Auto

Eimsbüttel ächzt unter den Autoverkehrs-Strömen, die täglich durch den Bezirk fließen. Viele der größten und ungelösten Probleme der Verkehrssituation in Eimsbüttel - von den gesundheitsgefährdenden Umweltbelastungen (Feinstaub, CO₂ + Lärm) bis zu den Unfallopfern - wer-



den durch den rollenden und stehenden Autoverkehr verursacht. Nicht nur die Zahl der Hamburger_innen wächst, sondern auch die Zahl der Pendler_innen aus dem Umland. Durch rasant steigende Internet-Käufe nimmt auch die Zahl der LKW bis in die kleinsten Wohnstraßen zu. Straßen immer weiter zu verbreitern geht nicht und kann auch nicht die Lösung sein.

Die neuen Konzepte der Mehrheitsparteien - wie switcch über Elektroautos bis IOKI - ändern nichts wirklich an der Situation. Alle Angebote, bei denen man ein motorisiertes Fahrzeug irgendwo abholen und irgendwo stehen lassen kann, sind Konkurrenten zum ÖPNV, die weiterhin mit Feinstaub unsere Atemluft belasten. Die gesundheitsgefährdende Luftverschmutzung durch Autos hat in Teilen der Stadt bereits zu Fahrverboten geführt. Solche Maßnahmen verteilen den Dreck aber nur anders und lösen kein Problem. Wir müssen alle dringend umdenken.

Die Wende zu einer lebenswerten Stadt, in der sich alle Menschen ohne Gefahren für Leib und Gesundheit aufhalten und fortbewegen können, braucht mehr. Es braucht Mut und Entschlossenheit, um mit der festgefahrenen Verkehrspolitik zu brechen und im Kampf gegen die Klimakatastrophe auch in Eimsbüttel Erfolge zu erzielen.

Den motorisierten Verkehr nur teurer zu machen, wird kein Umdenken erzeugen - wir müssen die Alternativen attraktiver machen. Allerdings ist es schwer einzusehen, warum fast die Hälfte der Hamburger Haushalte kein Auto hat aber trotzdem die Folgekosten des motorisierten Individualverkehrs tragen soll. Wir müssen kurzfristig den Lärm-, Emissions- und Umweltschutz verbessern. Deshalb sollte die Regelgeschwindigkeit flächendeckend auf 30km/h begrenzt werden. Ausnahmen von Tempo30 werden durch Beschilderung ermöglicht. Wir fordern u.a. einen ticketfreien Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in ganz Hamburg, zuerst für Kinder und Jugendliche. Parallel zur schrittweisen Fahrpreissenkung müssen die Kapazitäten bei Bus, U- und S-Bahnen ausgebaut werden.

Dem Fahrrad muss ein weitaus größerer Stellenwert als bisher zugestanden werden. Dazu gehört nicht nur ein wesentlich schnellerer Ausbau der Velorouten und übrigen Straßen mit Radfahrstreifen, Schutzstreifen und vermehrten Fahrradstraßen. Diese müssen auch so breit und schlaglochfrei gebaut werden, dass sie zum Radfahren einladen. Zum attraktiven Radfahren gehören auch ausreichend überdachte und diebstahlsichere Fahrrad-Parkplätze mit der Möglichkeit, das Rad sicher gegen zu schließen an vielen Orten im Bezirk. Im Öffentlichen Nahverkehr muss die Fahrradmitnahme auch zu Berufsverkehrszeiten möglich sein. Dazu braucht es z.B. Fahrrad-Waggons in Hoch- und S-Bahnen und die Aufhebung der Mitnahme-Verbote zwischen 6:00 und 9:00 bzw. 16:00 und 18:00 Uhr.

Die natürlichste Art der menschlichen Fortbewegung – der Fußverkehr – darf kein Spießrutenlaufen zwischen stockendem und stehendem motorisiertem und Rad-Verkehr bleiben. Zwei Fußgänger_innen sollten sich überall in Eimsbüttel begegnen können, ohne dass eine_r selbstgefährdend ausweichen muss. Auch für Kinderwagen und Rollatoren muss genug Raum sein.

DIE LINKE. Eimsbüttel fordert:

- den flächendeckenden Ausbau des Bezirks mit gut gekennzeichneten, zusammenhängenden Radfahrstreifen, Schutzstreifen und Fahrradstraßen
- HVV-Gebühren hin zum Null-Tarif bei gleichzeitig zügigem Ausbau des öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV)
- die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs und eine flächendeckende Tempobegrenzung auf Tempo-30

5. Kampf dem Smog, Lärm und Grünfraß

Klimaschutz und Umwelt

Ein heißer Sommer macht noch keine Klimakatastrophe. Doch der Klimawandel mit steigenden Meeresspiegeln und deutlichen Temperaturveränderungen schreitet umso heftiger voran, je weniger wir dagegen tun. Noch vor wenigen Jahren war Hamburg groß als Umwelthauptstadt in den Schlagzeilen. Mittlerweile schreitet selbst die EU gerichtlich ein. Die Stadt heizt durch die Klima-Erwärmung immer weiter auf, je grünloser, desto mehr.

Es bleiben nur noch wenige Jahre für Maßnahmen, um die globale Erwärmung zu begrenzen. In Hamburg wird über 60% der Fernwärme und ca. 90% des Stroms aus Kohle gewonnen. Klimakatastrophe vermeiden heißt: Schnell aus Kohle, Öl (Verkehr) und Gas aussteigen. Die Dramatik der Klimaentwicklung macht die Nutzung von Dächern zur Energiegewinnung durch Solarthermie zu einem unbedingten "Muss".

Die Luft gehört uns allen!

Die Hamburger Regierungsparteien SPD und GRÜNE schlafen auch in Eimsbüttel in Treue fest zu



den Auto-Konzernen. Größtenteils wird die Luftqualität in Eimsbüttel nur errechnet, und bereits hier ergeben sich teils besorgniserregende Werte. Flächendeckend gemessen wird überhaupt nicht. Es gibt in ganz Eimsbüttel nur eine einzige Station, die Stickstoffdioxid misst. Andere Luftschadstoffe werden überhaupt nicht erfasst. Die Regierenden verlassen sich ausschließlich auf Berechnungen und wollen keine Gewissheit, wie hoch die Gefahr durch Luftschadstoffe für die Gesundheit der Eimsbüttler tatsächlich ist. Allenfalls wird der Ausbau für Elektroautos gefeiert. Dass auch hier Tausende Kilos je PKW für einzelne Fahrer energiezehrend bewegt werden, dass die Reifen der Elektroautos genauso Feinstaub verursachen, der Flächenverbrauch und die Unfallquote sich in nichts von den anderen Autos unterscheiden – wird im Interesse der Autoindustrie ignoriert. Gefahrenabwehr sieht anders aus. Die in Hamburg bisher ergriffenen Maßnahmen sind eine Farce.

Fluglärm macht krank

Der Flughafen liegt im Bezirk Hamburg-Nord aber die Eimsbütteler Bevölkerung trägt einen Großteil der Belastungen. In den letzten 5 Jahren nahm die Lärmbelastung aus Flugverkehr in Hamburg um 193% zu. Das bestätigen die Realmessungen der Fluglärmschutzkommission Hamburg. Zu jeder Tages- und Nachtzeit lärmen Flugzeuge über Eimsbüttel trotz Nachtflugverbot. Allein in den ersten 4 Monaten 2018 starteten 45 Flugzeuge und landeten 126 Flugzeuge zwischen 23 und 24 Uhr in Fuhlsbüttel.

Blumen statt Bitumen und Beton

Die Artenvielfalt geht auch in Eimsbüttel in erschreckendem Ausmaß und Tempo zurück, ganz besonders die Zahl der bestäubenden Insekten. Um die komplette Vernichtung der Eimsbütteler Natur- und Insektenwelt zu verhindern, fordern wir die Ausweisung von Wildwuchsflächen und das Anlegen von Wildblumenwiesen. Zudem bedarf es nicht nur bei unseren heimischen Pflanzen an Renaturierungsmaßnahmen sondern auch bei den Bächen und Flüssen. Die Städte drohen durch die nahende Klimaerwärmung immer weiter aufzuheizen, wie wir es gerade hautnah in diesem Sommer erlebten. Finanziell schlechter Gestellte haben kaum Möglichkeiten, der Stadt durch Fernreisen oder Zweitwohnung im Grünen zu entfliehen. Pflanzliches Grün ist die Grundlage allen Lebens. Es fördert die Gesundheit als Ruhezone, ist sozialer Treffpunkt, ermöglicht Blütenduft, Blätterrauschen, Vogelgesang. Es bildet den Gegenpol zu menschlichem Lärm und Hektik. In dieser Situation bewirken weitere Verdichtungen durch Versiegelung von Grün- und unbebauten Flächen weitere Erwärmungen der Stadt. Gegensteuern, z.B. durch mehr artenförderndes Grün, müsste die Devise sein und nicht Kürzen bei der Gartenverwaltung. Öffentliche Parks müssen eine vielfältige Bepflanzung bieten und dürfen nicht hauptsächlich aus Rasenmonokulturen bestehen, die vom wenigen Personal abgemäht werden. Die Pflege und Entwicklung der öffentlichen Grünanlagen sowie der Bäume auf öffentlichem Grund muss stärker an ökologischen Grundsätzen ausgerichtet werden. In Ham-

burg werden seit Jahren mehr Straßen- und Parkbäume gefällt als gepflanzt. Dieses Verhältnis muss umgekehrt werden. Gesunde alte und damit in der Regel große Bäume müssen nach Möglichkeit erhalten werden, denn ein neu gepflanzter Baum braucht Jahrzehnte, bis er zu einem Ersatz für einen alten gefällten Baum wird.

Für eine ökologische Stadterneuerung müssten die Gartenämter nicht nur finanziell und personell besser ausgestattet sein, sondern bräuchten auch ein anderes Denken: Bürger und Anwohner dürfen nicht länger als Störenfriede wahrgenommen werden, sondern als Mitwirkende, Gartenämter müssten auch und vor allem moderieren, informieren, helfen und beraten (z.B. durch Broschüren oder Webseiten, die Hinweise zum Erwerb, Pflanzung, Pflege/Schnitt, Ernte und zu weiteren Informationsquellen gibt). Das gesteigerte Bedürfnis der Allgemeinheit an Grünflächen lässt sich nicht zuletzt am urbanen Gärtnern ablesen. Insofern ist es völlig unverständlich, die bestehenden Kleingartenflächen als Manövriermasse für Konzernenerweiterung und Wohnungsbau anzusehen. DIE LINKE. Eimsbüttel will Grünflächen als Rückzugsflächen und „grüne Lungen“ erhalten.

Kein Grünfraß durch Beiersdorf

Der städtische Verkauf von 12 Hektar Schrebergartengelände in Lokstedt an den Beiersdorf-Konzern war ein schwerer Fehler. DIE LINKE. war in Bürgerschaft und Bezirksversammlung Eimsbüttel die einzige Partei, die konsequent gegen den Verkauf eingetreten ist und unterstützt die Schreber_innen und Anwohner_innen nach wie vor.

Wir werden weiterhin gegen jeden Grünfraß und für eine Rekommunalisierung dieser Grünfläche gemeinsam mit den Anwohner_innen und Schreber_innen eintreten.

Bei der Umgestaltung des nahegelegenen Beiersdorf Areals in der Unnastraße kritisieren wir, dass der Hamburger Senat nicht von seinem Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht hat, um das Gelände in Eigentum der FHH zu überführen und damit sozialen Wohnungsbau in Eimsbüttel zu fördern. Der gesamte Bereich von den Kleingärten bis zum Unnastraßen-Areal muss in einem echten Beteiligungsverfahren aller Betroffenen einen stimmigen, großflächigen Bebauungsplan von der Bezirksversammlung Eimsbüttel erhalten, damit Mindest-Umweltstandards, Grünerhalt und Sozialwohnungen verwirklicht werden.

DIE LINKE. Eimsbüttel fordert:

- der Hamburgische Senat muss das Nachtflugverbot konsequent durchsetzen und Verstöße härter ahnden.
- eine flächendeckende Messung der Luftqualität, Schutz der Gesundheit der Eimsbüttler_innen sowie ein wirksames Gesamtkonzept zur Verbesserung der Eimsbütteler Luft
- die Förderung regenerativer Energiegewinnung durch flächendeckende Ausstattung öffentlicher Gebäude mit Solarthermie (min. Photovoltaik), alternativ: Dachbegrünung
- die Aufstockung des Etats und den Umbau der Gartenverwaltungen hin zu Institutionen, welche die BürgerInnen bei Pflanzung und Pflege beraten
- Bäume dürfen erst dann gefällt werden, wenn vollwertige Ersatzpflanzungen in weniger als 1km Umkreis nachgewiesen werden
- kein Mißbrauch von Park- und Kleingartenflächen für Wohnungsbau, Konzern- bzw. Sportstättenenerweiterung
- Umgestaltung des öffentlichen Grüns zu Pflanzungen, welche die Artenvielfalt fördern

- mehr urbane Gärten und Obstgehölze in der Stadt
- besonders alte Bäume unter Denkmalschutz stellen (Beispiel Berlin)
- 6m² Grün für jede/n Bürger/in in 500m Entfernung von der Wohnung, wie es sich die Stadt Hamburg selbst im Landschaftsprogramm bereits vorgegeben hat
- den Schutz des Niendorfer Geheges, der Eidelstedter Feldmark und der Kollau; Eimsbüttel muss endlich eigene Naturschutzgebiete erhalten
- sachgerechte Naturschutzvorgaben bei Pflegeaufträgen

6. Kein privater Gewinn in Gesundheit und Pflege

15 Jahre nach der Privatisierung der Krankenhäuser in Hamburg ist die private Gewinnerzielung in den Asklepios-Kliniken kaum noch zu toppen: Möglichst viel Profit soll gemacht werden und zwar auf dem Rücken der Beschäftigten und Kranken. Pflegekräfte beklagen schlechte Arbeitsbedingungen und berichten von Personalmangel, Kostendruck und unzumutbar steigender Arbeitsdichte. Alles wird an wirtschaftlichen Kennzahlen gemessen. Patienten werden als Fallpauschalen betrachtet und danach beurteilt, wie viel Gewinn mit ihnen zu machen ist. Wenn aber zur Erzielung von hohen Gewinnmargen beim (Pflege-) Personal gespart wird, dann steigt auch die Patientengefährdung.

Um eine bestmögliche Gesundheit für alle Menschen sowie ein Altern in Würde sicherzustellen, muss die gesundheitliche Versorgung von Menschen grundsätzlich nach dem tatsächlichen Bedarf statt nach dem Profit ausgerichtet werden. Das ist auch entscheidend für den notwendigen massiven Ausbau von demokratischer Mitbestimmung, Kontrolle und Gestaltungsmöglichkeiten der Beschäftigten im Gesundheitswesen.

Noch immer haben Arme in Deutschland ein höheres Krankheitsrisiko als reiche Menschen und eine durchschnittlich zehn Jahre geringere Lebenserwartung: Wer arm ist, muss früher sterben! Deshalb treten wir für ein kostenloses, bedarfsgerechtes, ausreichend öffentlich finanziertes und demokratisch kontrolliertes Gesundheitswesen ein, in dem gute Bezahlung und gesetzliche Mindestpersonalbemessung garantiert sind. Hier muss sich auch der Bezirk seiner Verantwortung besser stellen.

DIE LINKE. Eimsbüttel fordert:

- Rekommunalisierung der privatisierten Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, die nicht gewinnorientiert arbeiten dürfen und die Abschaffung des Fallkostenpauschalen-Systems
- bessere Personalausstattung in Gesundheit und Pflege, bessere Arbeitsbedingungen, bessere Bezahlung sowie eine Aus- und Weiterbildung nach humanistischen Grundsätzen
- das Recht auf kostenfreie, optimale gesundheitliche Versorgung für jeden Menschen, unabhängig von Herkunft oder Status
- einen am realen Bedarf bemessenen Ausbau des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere der „Frühen Hilfen“
- eine solidarische Bürgerinnen- und Bürger-Versicherung
- Aufstockung der bezirklichen Pflegeaufsicht zur besseren Kontrolle der Einrichtungen

7. Wachsende Armut in wachsender Stadt

Soziale Sicherheit ist mehr als Sozialversicherung plus Hartz IV.

Durch die repressive Agenda 2010 und das entwürdigende Hartz-4-Regime wurden Massenarbeitslosigkeit und sozialer Abstieg als Hebel zur Verunsicherung und Senkung der Einkommen immer größerer Bevölkerungsteile eingesetzt.



Heute zeigt sich die soziale Abwärtsspirale in vielerlei Bereichen: immer mehr Arbeitsverhältnisse sind prekär, unsicher und befristet. Der Niedriglohnsektor wächst. Mehrfachbeschäftigungen werden überlebensnotwendig, weil 1 Job nicht ausreicht. Konzerne drücken die Löhne so, dass die Beschäftigten beim Jobcenter „aufstocken“ müssen (Handelskonzern 'real'). Das ist private Gewinnmaximierung auf Kosten der Allgemeinheit. Menschen werden aus ihren Wohnungen verdrängt, weil ihr Einkommen nicht mehr für die steigenden Mieten reicht oder die Grundsicherung die Kosten nicht mehr übernimmt. Obdachlosigkeit, Kinderarmut und Wohnungslosigkeit wachsen. Die Zukunftsaussichten von Kindern aus Hartz-4-abhängigen Haushalten sind schlecht, denn Bildung ist an soziale Herkunft gebunden. DIE LINKE. Eimsbüttel unterstützt alle Menschen, die sich gegen diese Ausbeutungsverhältnisse wehren, macht mit bei Initiativen, organisiert demokratischen

Widerstand und Hilfen zur Selbsthilfe.

Wer arm ist, wird häufiger krank, auch aus den psychischen Belastungen, die aus Existenznöten und sozialem Druck erwachsen. Er oder sie kann immer weniger am sozialen und kulturellen Leben teilhaben, auch die Mobilität ist deutlich eingeschränkt, da die Fahrtkosten sich von Armutseinkommen nicht oder kaum bezahlen lassen. Unzureichende Einkommen, insbesondere bei Frauen und Migrant_innen aber auch durch Frühverrentungen sind Hauptursachen für die steigende Altersarmut.

Um die soziokulturelle Teilhabe zu gewährleisten, wird zumindest ein umfassend geltender Sozialausweis gebraucht, der es den Menschen ermöglicht, städtische Museen, Theater sowie Schwimmbäder zu besuchen. Die Kosten für ein HVV-Sozialticket dürfen den im Hartz-IV-Regelsatz vorgesehenen Betrag für Nahverkehr nicht überschreiten und das Sozialticket muss für den Großbereich ohne Zeiteinschränkung gelten. Ein freier Eintritt in städtische Museen, Theater und Schwimmbäder könnte eine mit dem Sozialausweis einhergehende Stigmatisierung vermeiden.

DIE LINKE. Eimsbüttel fordert:

- eine sanktionsfreie Mindestsicherung von mindestens 1050 Euro zuzüglich Wohngeld und einen ausnahmslosen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro
- mehr mietfreie öffentliche Räume ohne Verzehrzwang für mehr Selbstorganisation und Hilfe zur Selbsthilfe
- eine Kindergrundsicherung, die vor Ausgrenzung und Benachteiligung schützt

- einen umfassend geltenden Sozialausweis sowie ein HVV-Sozialticket
- Beitragsbefreiungen für die Hamburger Bücherhallen und Sportvereine für Bezieher_innen von staatlichen Unterstützungsleistungen

8. Klar gegen Rechts, united against racism

DIE LINKE kämpft gegen jede Form von Faschismus, Rassismus und Diskriminierung. Für uns sind der aktive Widerstand und die Unterstützung aller Initiativen dagegen Bestandteil unseres Selbstverständnisses. Die Geschichte lehrt uns: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!



Rechte, sich aber sozial gebende Parteien mit national-völkischer Ausrichtung versuchen derzeit gezielt, zugewanderte Menschen als Gefahr darzustellen, nutzen die Ängste der Bevölkerung vor Armut und machen mobil gegen Geflüchtete, Muslime und andere Minderheiten. Sie lenken den Frust vieler Menschen gegen Schwächere und spalten die lohnabhängige Mehrheit. Sie verschärfen die Situation und verbessern nichts. Sie fordern Privatisierungen öffentlichen Eigentums und den Abbau staatlicher Leistungen sowie Steuersenkungen für Unternehmen und Konzerne. Sie geben sich sozial, bleiben aber z.B. ein konkretes Rentenkonzept seit Jahren schuldig. Ihre Konzepte der Abwehr von Zuwanderung sickern auch langsam in die Programmatik der Mehrheits-Parteien ein.

Ihre neoliberalen Ziele wie die Erhöhung des Renteneintrittsalters, Privatisierung der umlagefinanzierten Rente, Senkungen des Hartz IV-Satzes oder die Förderung von Eliteschulen sind mit der LINKEN nicht zu machen.

Rechte Parteien wachsen nicht, weil Menschen rassistischer werden, sondern weil diese auf Grund sozialer Verhältnisse in die Arme der Rassisten getrieben werden. „Spalte und Herrsche“ war schon immer ein beliebtes Mittel der Machthaber. Eine antirassistische Politik muss deshalb zum Ziel haben, nicht nur Aufklärungsarbeit gegen rassistische Vorurteile und Ideologien zu leisten, sondern die sozialen Verhältnisse zu ändern, die den Rassismus befördern. Einmalige, größere Demonstrationen sind gut aber die Verantwortlichen für Austeritätspolitik, Sozialkürzungen, Wohnungsmangel und staatlichen Rassismus müssen benannt werden. Die Ursachen von Rassismus, Rechtspopulismus und Faschismus sind zu bekämpfen. Die soziale Frage gehört kompromisslos in den Mittelpunkt der Politik. Umverteilung von oben nach unten ist geboten, auch und gerade vor Ort in Eimsbüttel. Mit rechten Parteien kann und darf es keine Zusammenarbeit geben. Wir LINKEN wissen: Solidarität ist unteilbar und international.

DIE LINKE. Eimsbüttel fordert

- Hamburg zur sicheren Stadt für Menschen in Not zu machen
- die Schaffung sozialer Voraussetzungen für eine gelingende Integration in den Bezirken

9. Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts¹

Für den Frieden auch vor Ort in Eimsbüttel. Panzer pflegen keine Menschen.

Die Forderung nach einem höheren Verteidigungsetat auch in Deutschland rückt immer weiter in den öffentlichen Diskurs. Deutschland soll seinen Verteidigungshaushalt auf 80 Milliarden Euro fast verdoppeln, um das 2%-Ziel der NATO zu erfüllen. Andererseits fehlen in Deutschland weit mehr als 100.000 Pflegekräfte in den Krankenhäusern, allein in Hamburg sind dies 4.200 Pflegekräfte. Wie viele in Eimsbüttel?



Der Kampf gegen Aufrüstung und für die Verbesserung von Gesundheitsversorgung und Pflege sind zwei Seiten der selben Medaille: Panzer pflegen keine Menschen.

Die Bundeswehr als Arbeitgeberin erweckt unter jungen Erwachsenen so wenig Interesse, dass die Rekrutierung von Minderjährigen ausgeweitet wurde. Um sich diesen personellen Zufluss zu sichern, wurde bei der Abschaffung der Wehrpflicht eigens das Meldegesetz geändert. Die Meldebehörden übermitteln einmal jährlich die Daten all jener Jugendlichen mit deutscher Staatsbürgerschaft an die Bundeswehr, die im darauffolgenden Jahr ins einberufungsfähige Alter kommen. Das sind jährlich

ca. eine ¾ Mio. Minderjährige, die Reklame von der Bundeswehr als nach eigener, zynischer Werbung „krisensicherem“ Arbeitgeber erhalten. Auf Jobmessen von sozialen Berufen betreibt die Bundeswehr mehrmals jährlich in Schnelsen und im CCH Informationsstände. Jugendoffiziere touren durch die Schulen Deutschlands, wo sie Minderjährige als Soldaten werben.

Frieden ist nicht nur eine internationale Angelegenheit. Auch im Bezirk Eimsbüttel sind z.B. Rüstungsbetriebe ansässig. Sie sind über ihre Produkte an Kriegen beteiligt. Kriege haben die Flucht zahlreicher Menschen zur Folge. Nur ein kleiner Teil davon landet auch in Eimsbüttel, wo sie auf eine breite Solidarität von ehrenamtlich tätigen Menschen treffen.

Z.B. bietet das Rüstungsunternehmen AVEVA GMBH am Rüttersborg 48 Software-Lösungen an für den Bau von U-Booten, Flugzeugträgern und Fregatten im Kriegsschiffbau von Japan, Thailand, Großbritannien u.v.m. In Hamburg befinden sich Vertrieb und Kundendienst. Die Rohde&Schwarz GmbH am Vierenkamp 6 produziert Systeme zur Erfassung, Ortung und Analyse von Funkkommunikationssignalen und Verschlüsselungssysteme für Bundeswehr und andere NATO-Streitkräfte. Ihre Produkte finden sich u.a. im Eurofighter, in den Helikoptern Tiger und NH90, den Fregatten F124 und U-Booten. Das Unternehmen ist Mitglied im Förderkreis Deutsches Heer und in der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik. Die SERCO GmbH in der Schnackenburgallee 183-201 betreibt ein Hubschrauber-Trainingszentrum für die britische Luftwaffe und beliefert die Bundeswehr mit IT- und Kommunikations- sowie Stromversor-

¹ Zitat von Willy Brandt

gungs-Anlagen. Es betreut Gefechtsübungszentren und in Hamburg ein Schulungszentrum der Bundeswehr. Eine konkrete und sichtbare Distanzierung der Eimsbütteler_innen von unfriedlichen Ideologien und erneute Anstöße zum dringend notwendigen Umdenken wäre die konsequente Umbenennung aller nach Militaristen und Kolonialisten benannten Straßen, Plätzen, Gebäuden und Einrichtungen zur würdigen Erinnerung an Antimilitarist_innen, Pazifist_innen, Deserteure (und Unterstützer_innen) sowie Antifaschist_innen.

DIE LINKE. Eimsbüttel fordert:

- keine Rüstungsexporte und militärische Dienstleistungen aus Eimsbüttel
- die in Hamburg ansässigen Rüstungsbetriebe auf, ihre Dienstleistungen und Produkte vollständig auf zivile Zwecke umzustellen sowie ein Hamburger Förderprogramm für Betriebe, die ihre Rüstungsproduktion auf zivile Produkte umstellen wollen (Konversion)
- den Ausbau der Städtepartnerschaft mit St. Petersburg für Begegnungen zwischen Bürger_innen beider Städte vor dem Hintergrund eines beginnenden neuen kalten Krieges
- ein sofortiges Verbot aller Werbemaßnahmen der Bundeswehr bei Minderjährigen

10. Emanzipatorische Frauenpolitik

Häufig reicht heute Familieneinkommen selbst dann nicht, wenn auch die Frauen erwerbstätig sind. Berufstätigkeit der Frau bedeutet hier oft genug nicht Emanzipation, sondern vor allem Überlastung in der Mehrfachrolle als Mutter und Familien-Ernährerin.



Die Diskriminierung von Frauen in fast allen Lebensbereichen ist leider noch immer Realität: Nach wie vor sind alleinerziehende Frauen in hohem Maße armutsgefährdet und von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen, tausende Frauen sind in Hamburg von häuslicher Gewalt betroffen. Frauenhäuser stellen deshalb einen unverzichtbaren Ort der Zuflucht und Hilfestellung zur Gegenwehr dar. Ihr Erhalt ist dringend notwendig und ihre Bedarfe regelmäßig zu prüfen.

In jedem Bezirk soll die Umsetzung des gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms des Senats in allen Ämtern durch ein bezirkliches Konzept zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen erfolgen. Dessen Umsetzung soll eine bezirkliche Gleichstellungsbeauftragte begleiten. Sie soll Ansprechpartnerin innerhalb der Ämter, aber auch für engagierte Frauen, Frauenorganisationen und -einrichtungen sein und sie bei der Vernetzung, z.B. durch Organisation eines „runden Tisches“, unterstützen.

DIE LINKE. Eimsbüttel fordert:

- Gleichstellungsbeauftragte auf Bezirksebene
- geschlechtsbezogene bezirkliche Armuts- und Gesundheitsberichte

- den Ausbau von Frauen- und Mädchenprojekten
- den Ausbau von Mütterberatungsstellen und Elternschulen
- die Vergabe von Finanzmitteln unter Berücksichtigung ihrer geschlechtsspezifischen Auswirkungen (Gender Budgeting)
- ein eigenes Budget für selbstverwaltete Strukturen für Frauen
- den Ausbau der Frauenhäuser
- in jedem Bezirk die Einrichtung eines Wohnprojekts und eines Tagestreffs für wohnungslose Frauen
- Ausbau der Familienhebammen-Strukturen unter voller Ausschöpfung der Bundesmittel

1 1. Gleiche Chancen auf Bildung und Kultur

In Eimsbüttel ist Bildung immer noch stark vom Geldbeutel der Eltern abhängig (sh. Bildungsbericht der Schulbehörde). Die Stadtteile Eimsbüttels unterscheiden sich extrem. In Rotherbaum gehen z.B. nur 17 Prozent auf die Stadtteilschule, in Eidelstedt sind es 58 Prozent. Vergleichbare Unterschiede finden sich in Bezug auf die Abiturquote oder den Schulabschluss ohne Schulabschluss. Kinder in sog. „sozial belasteten Stadtteilen“ sind aber genauso klug zur Welt gekommen wie die anderer Regionen. Sie sind Opfer des Hamburger Schulsystems, das stark auf die Eltern als Hausaufgabenhilfe und Nachhilfelehrer setzt. Diese Bildungs-Ungerechtigkeit wird durch die Spaltung des Hamburger Schulwesens in Stadtteilschulen und Gymnasien („Zwei-Säulen-Modell“) noch verstärkt. DIE LINKE tritt daher für die „Eine Schule für Alle“ ein. Diese würde vorhandene Ressourcen bündeln, Ausgrenzung und Abschulung ächten und mit klugen pädagogischen Konzepten den sozialen Zusammenhalt im Stadtteil stärken.

In den letzten Jahren sind den Schulen ständig neue Aufgaben übertragen worden (wie der Ganzttag, die Inklusion oder die Digitalisierung), ohne dass ihnen dafür ausreichend Geld und Personal zur Verfügung gestellt wurde. DIE LINKE will, dass die Klassen deutlich verkleinert werden. Lehrkräfte, die in schwierigen Stadtteilen unterrichten, müssen entlastet werden. Wir wollen den gebundenen Ganzttag, in dem sich die Kinder und Jugendlichen wohl fühlen (alle Kinder und Jugendlichen lernen, essen und spielen bis 16 Uhr gemeinsam). Vielfach werden sie jetzt mit einem Essen abgespeist, das über hunderte von Kilometern herangekarrt und aufgewärmt wird. Kochen vor Ort schafft qualifizierte Arbeitsplätze und stärkt regionale Wirtschaftskreisläufe.

Wir lehnen das Konzept des Hamburger Senats für einen digitalisierten Unterricht ab, in dem die Kinder und Jugendlichen auf ihren eigenen Smartphones lernen sollen. Alle Kinder und Jugendlichen müssen Zugang zu gleich guten mobilen Endgeräten wie Tablet oder Notebook haben.

Zu guter Bildung gehört auch die Möglichkeit kultureller Teilhabe. Wohnortnahe Zugänge zu Kultur und der Abbau finanzieller Hürden sind nötig.

DIE LINKE. Eimsbüttel fordert:

- „Eine Schule für Alle“ für den sozialen Zusammenhalt im Stadtteil, gegen Ausgrenzung und Abschulung
- Doppelbesetzung mit Lehrkräften in Inklusionsklassen

- Keine Privatisierung der IT-Lernmittel sondern freie Lern- und Lehrmaterialien (Open Educational Resources, OER)
- Kostenloses und hochwertiges Schulesen für alle Kinder und Jugendlichen
- Eigene Schulküchen in jeder Schule, wo qualifiziertes Personal vor Ort mit Zutaten aus der Region frisch kocht
- Ausbau aller Schulen zu IT-Schulen mit professionellen IT-Administratoren (nicht Lehrkräften) und leistungsstarken Netzwerken (WLAN).

12. Jedes Kind ist gleich viel Wert

Soziale Spaltung zeigt sich auch in Eimsbüttel. Darunter leiden besonders Kinder und Jugendliche. Fast jedes vierte Kind in Hamburg ist arm, jedes fünfte lebt 2018 von Hartz 4. Deshalb ist eine gute Infrastruktur mit Kitas, Familienzentren, Hebammen, Beratungs-, Freizeit- und Kulturangeboten, Räumen und Begegnungszentren, Jugendwohnungen und Schlafplätzen für Jugendliche unverzichtbar.



Gerade die Kinder und Jugendlichen, deren Familien nicht über große Einkommen verfügen, haben einen Anspruch auf bessere Freizeit- und Bildungsangebote und professionelle Unterstützung, um Chancengerechtigkeit anzustreben.

Diesen Anforderungen stellt sich der Hamburger Senat seit Jahren nicht, mit Auswirkungen auf die Bezirke, die von den finanziellen Rahmenduweisungen des Senates abhängig sind. Schuldenbremse und Kürzungspolitik belasten die soziale Infrastruktur!

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) sowie die Jugendsozialarbeit und die Familienförderung im Bezirk leiden seit Jahren unter dieser Kürzungspolitik und Unterversorgung. Jedes Jahr müssen die Einrichtungen erneut um ihre Finanzierung bangen, Tarifierhöhungen werden nur teilweise aufgefangen und Angebote müssen eingeschränkt werden. Das Defizit wird von Jahr zu

Jahr mitgeschleppt und Finanzierungslöcher notdürftig gestopft. Die Sonderzuwendungen für die geflüchteten Kinder- und Jugendlichen seit 2016 wurden reduziert, obwohl die Integrationsarbeit keine kurzfristige Sache ist, sondern langfristig angelegt und finanziert werden muss.

Gegen diesen unhaltbaren Zustand regt sich zunehmend Widerstand. Die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit haben sich zu einer Interessenvertretung zusammenschlossen, demonstriert und Protestbriefe an den Senat verfasst. Und auch auf parlamentarischer Ebene in den bezirklichen Ausschüssen der Jugendhilfe ist man nicht mehr bereit, diese Mangelwirtschaft hinzunehmen. Die Volksinitiative „Mehr Hände für Hamburger Kitas“ hat sich mit dem Senat geeinigt: Unter anderem wird ein verbesserter Personalschlüssel gesetzlich festgeschrieben. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Zur Aufrechterhaltung des Angebotes in der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, für die Integration von Geflüchteten und auf Grund der Bedarfe in den neuen Wohnquartieren benötigt der Bezirk für das Haushaltsjahr 2019/2020 mindestens 2 Millionen Euro mehr an Rahmenzuweisungen, um den Status quo zu erhalten.

Die vielfältigen und vielschichtigen Aufgaben dieser Einrichtungen erfordern eine gute personelle und materielle Ausstattung – und zwar dauerhaft, langfristig und bedarfsorientiert!

DIE LINKE. Eimsbüttel fordert:

- festgelegte, bessere Betreuungsschlüssel im bezirklichen Sozialdienst
- mindestens 2 pädagogische Vollzeitstellen für jede Einrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- den Ausbau der Kinder- und Familienzentren (KiFaZ): bedarfsgerechte Finanzierung des KiFaZ in Schnelsen und Gründung weiterer KiFaZ im Bezirk
- einen einfacheren Zugang zu KiTa-Gutscheinen
- verbindliche Personal-Mindestbemessung und bessere Ausstattung von Kitas und Krippen
- den Ausbau der Beratungsstellen und Schutzeinrichtungen für Jugendliche und junge Erwachsene, z.B. weitere Schlafstellen für Jugendliche und Jugendwohnungen
- den Ausbau von und kostenlosen Zugang für Kinder und Jugendliche zu kulturellen Angeboten, z.B. in den Stadtteil-Bürgerhäusern
- mehr Häuser der Jugend und bessere Ausstattung der Jugendzentren

13. Wir werden alle nicht jünger

Über 18.000 Rentnerinnen und Rentner in Hamburg beziehen zusätzlich zu ihrer Rente Grundsicherung im Alter. Hamburg wird zur Hauptstadt der Altersarmut. Die zunehmende Al-



tersarmut ist die Folge unzureichender Erwerbseinkommen und der sog. Rentenreformen. Möglichkeiten einer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und einer selbstbestimmten Lebensführung müssen für ältere Menschen gesichert werden. Dafür müssen entsprechende Wohnformen geschaffen werden. Wir setzen uns bei der Ausgestaltung der Rente gleichermaßen für Lebensstandardsicherung und Schutz vor Altersarmut ein. Wir ermutigen ältere Menschen dazu, ihre Rechte offensiver einzufordern und an Entscheidungsprozessen aktiv teil zu nehmen. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen.

DIE LINKE. Eimsbüttel fordert:

- Senior_innen-Vertretungen mit Stimmrecht auf allen relevanten Entscheidungsebenen (Fortschreibung des SenMitwG zur Stärkung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beiräte, u.a. Anhörungspflicht für Fachbehörden bzw. -ämter und Bürgerschaft)
- Aufwandsentschädigungen für Mitarbeit in Seniorenbeiräten
- eine deutliche Erhöhung des Wohngeldes um Zwangsumzüge zu verhindern

Auf Bezirksebene:

- wohnortnahe bezirkliche Beratungs- und Grundsicherungsstellen, die bei Bedarf auch qualifizierte, aufsuchende Beratung im häuslichen Umfeld anbieten.
- Treffpunkthäuser mit integrierter Beratung in fußläufiger Nähe
- barrierefreies Bauen durchsetzen, wo immer möglich (im Wohnungs-, aber auch im Straßen- und Wegebau!)
- Wohnungstauschmöglichkeiten organisieren: Appell an Genossenschaften, Verpflichtung der SAGA
- Förderung von Senior_innen-WGs. Mehrgenerationenhäuser durch Bauleitplanung und in Baugenehmigungsverfahren integrieren
- aktiv neue Sitzmöglichkeiten im öffentlichen Raum, auf Plätzen und in Parks schaffen
- Nahversorgung des täglichen Bedarfs erhalten, zur Not über B-Pläne und Mieterschutz für kleine Läden
- Offene dezentrale SeniorInnenarbeit (AWO, LAB und Co.) finanziell absichern, Vorbeugung gegen Vereinsamung durch Angebote in möglichst fußläufiger Entfernung
- Teilhabe an Kultur ermöglichen (Preise, Ermäßigungen, Einwirkung über Mittelvergabe an kleine Träger), kostenfreie Aktivitäten (Ausflüge) ermöglichen
- Ärztliche Versorgung im Stadtteil in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung sichern
- Mindestpersonalschlüssel in allen Pflege-Einrichtungen Eimsbüttels, dezentrale Pflegestützpunkte gut ausstatten
- kostenlose Haushaltsdienstleistungen ermöglichen
- wirksame dezentrale Aufsicht der Pflege-Einrichtungen setzt voraus, das Gesundheitsamt im Bezirk Eimsbüttel mit ausreichend Personal – also mindestens 4 Mitarbeiter_innen – zu besetzen, um das Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz auch umsetzen zu können
- „Bettelampeln“ endlich abschaffen, ampelgesicherte Überwege nicht durch „Sprunginseln“ ersetzen

Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname* _____

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programmes der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Strasse* _____

Hausnummer* _____

Geburtsdatum* _____

PLZ* _____

Ort* _____

Telefonnummer _____

Bundesland* _____

E-Mail-Adresse _____

Soziale Netzwerke (Facebook, Twitter, Google+ etc.) _____

Beruf _____

Tätig als _____

Ich war früher bereits Mitglied einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes. Wenn ja, in welcher?*

Politische Interessen (Themenfelder) _____

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

Einwilligung in die parteiinterne Bekanntmachung

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass mein Eintritt nach §2 (2) der Bundessatzung parteiöffentlich bekannt gegeben wird. Parteiöffentliche Bekanntmachung bedeutet, dass Neumitglieder zum Beispiel auf einer Mitgliederversammlung oder in einer internen Publikation des Kreisverbandes namentlich erwähnt werden.

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

*) Pflichtfelder

Ich möchte meinen Mitgliedsbeitrag bequem abbuchen lassen!

Mit dieser Bankinzugsermächtigung berechtere ich die Partei DIE LINKE, bis auf Widerruf Zahlungen des Mitgliedsbeitrages von unten genanntem Konto mittels Lastschriftinzug einzuziehen. Zugleich wird das Kreditinstitut angewiesen, die auf das Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von acht Wochen kann, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangt werden. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.*

Name, Vorname des Mitglieds

Straße

Hausnummer

Geburtsdatum

PLZ

Ort

Bundesland

Name, Ort des Geldinstituts/der Bank

IBAN

BIC

Der abzubuchende Mitgliedsbeitrag für **DIE LINKE** beträgt _____ Euro/Monat.

Die Abbuchung soll ab Monat _____ erfolgen.

Der Jahresbeitrag für die **Europäische LINKE** (EL) beträgt _____ Euro
(Mindestjahresbeitrag 6 Euro), und ist jeweils im Monat Mai abzubuchen.

Die Bank ist zur Einlösung nicht verpflichtet, wenn keine Deckung vorhanden ist.

Name und Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied)

Ort, Datum

Unterschrift des Mitglieds

Bitte bei dem zuständigen Kreis- oder Landesverband abgeben oder einsenden an:
Partei Vorstand der Partei DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 BerlinBei Fragen zur Mitgliedschaft bitte wenden an: mitglieder@die-linke.de oder 030/24009 555

*) Mandatsreferenz und Gläubiger-Identifikationsnummer zum Lastschriftverfahren werden nachgereicht.

**ZUKUNFT
BEGINNT
HEUTE !**



Impressum:

**DIE LINKE. Bezirksverband Eimsbüttel
Kieler Str. 689, 22527 Hamburg**

mailto: bv-eimsbuettel@die-linke-hh.de